



Staatsverschuldung: Fluch oder Segen?

„Wumms“, „Doppel-Wumms“, „Schattenhaushalt“, „Rekord-Schuldenberg“ oder auch „Sondervermögen“: Die Metaphern zur Beschreibung der aktuellen Haushaltspolitik der Bundesregierung sind so unterschiedlich wie plakativ. Mit rund 360 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden, die sich in verschiedenen sogenannten Sondervermögen niederschlagen, sollen die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg entstandenen finanziellen Folgen allein des Jahres 2022 abgedeckt werden. Während Kritiker darin eine Wette auf die Zukunftsfähigkeit nachfolgender Generationen durch ausbleibende Investitionen für Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz sehen, bleiben die meisten Ökonomen und Ökonomen gelassen: Die insgesamt gute Krisenresilienz Deutschlands, das als Schuldner international einen guten Ruf genießt und schon die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 relativ unbeschadet überstand, sowie die im europäischen Vergleich niedrige Staatsschuldenquote sind Gründe für überwiegend optimistische Bewertungen.

Wie und warum leihen sich Staaten Geld? Die Lernenden erhalten in dieser Unterrichtseinheit anhand eines Podcasts einen ersten Einblick in die Mechanismen der Staatsverschuldung und setzen sich mit den Vor- und Nachteilen eines kreditfinanzierten Bundeshaushalts auseinander. Sie werden in die Lage versetzt, eine Einschätzung der Schulden-situation der Bundesrepublik vorzunehmen.

Überblick

Themenbereich	Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik
Vorwissen	–
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Positionslinie, Pro-Kontra-Diskussion
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ erarbeiten sich Grundwissen zu Vor- und Nachteilen der Staatsverschuldung.◆ analysieren Statistiken zur Staatsverschuldung Deutschlands und werten diese aus.◆ beurteilen die Schuldenbremse in Bezug auf ihre Konsequenzen für den Staatshaushalt.
Schlagworte	Schuldenbremse, Sondervermögen, Staatsschuldenquote, Staatsverschuldung
Autorin	Sabine Steinbeck
Redaktion	RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Produktion	Klett MINT (Mai 2023)



Wenn Länder in der Kreide stehen: Warum verschulden sich Staaten?

„Der Haushalt muss ausgeglichen, der Staatsschatz aufgefüllt, die Staatsverschuldung vermindert, die Überheblichkeit der Bürokratie gedämpft und überwacht, die Unterstützung fremder Länder eingeschränkt werden, damit der Staat nicht bankrottgeht. Das Volk muss gezwungen werden zu arbeiten, statt seinen Lebensunterhalt vom Staat zu erwarten.“ Dieses über 2.000 Jahre alte Zitat von Marcus Tullius Cicero erscheint erschreckend modern, denn die Problematik defizitärer Staatshaushalte gibt es, seitdem es Staaten gibt. Während für Cicero noch das Sparen als einzig sinnvolle Gegenmaßnahme galt, hat ein kreativerer, ähnlich aktueller Lösungsansatz sogar Eingang in die Weltliteratur gefunden: Als sich Hofmarschall und Heeresführer in Faust II beim Kaiser über die desaströse Finanzsituation des Staates beklagen, erhält der Kaiser von dem als Hofnarr auftretenden Mephisto die Empfehlung, schlichtweg selbst Geld zu drucken und als Gegenwert potenziell im Erdreich verborgene Schätze auszuweisen. Der Erfolg stellt sich durch den folgenden Konsumrausch schnell ein: „Rechnung für Rechnung ist berichtigt / Die Wucherklauen sind beschwichtigt, / Los bin ich solche Höllenpein; / Im Himmel kanns nicht heitrer seyn“ (V. 6041–6045), jubelt der Finanzminister schon kurze Zeit später.

Das hier beschriebene Narrenstück, mit Verweis auf die Bonität (Kreditwürdigkeit) des Staates in Krisenzeiten Geld zu schaffen, spielt auch in modernen Staaten bei Kreditaufnahmen eine entscheidende Rolle. Staaten, die ihre laufenden Ausgaben momentan nicht durch die Einnahmen aus Steuern und Abgaben finanzieren können, nehmen Schulden auf, indem sie sich Geld auf den Finanzmärkten, bei Banken, privaten Anlegern, großen Versicherungskonzernen oder Unternehmen leihen. **Kredite** und die Ausgabe von **Staatsanleihen** sind mögliche Instrumente, um Geld zu beschaffen. Die Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates in der Zukunft spielt bei der Rendite für Staatsanleihen eine entscheidende Rolle.

Kredite werden in der Regel nicht nur aufgenommen, um laufende Ausgaben zu finanzieren, sie sind auch zur Finanzierung von Kreditzinsen („Schuldendienst“) notwendig. Die **Gesamtverschuldung** eines Staates entwickelt sich über längere Zeit und wird als nominaler Wert ausgewiesen. Die deutsche Gesamtverschuldung betrug Ende 2022 rund 2,4 Billionen Euro (zur Orientierung: eine Billion hat 12 Nullen). Die (jährlich festgestellte) staatliche Nettoneuverschuldung (**Nettokreditaufnahme**) ergibt sich aus der Bruttoneuverschuldung (**Bruttokreditaufnahme**) abzüglich geleisteter **Tilgungen** (Rückzahlungen ausstehender Kreditverpflichtungen). Um eine Vergleichbarkeit mit anderen Zeitpunkten und anderen Staaten zu ermöglichen, wird die Staatsverschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) gesetzt und in Prozent als **Staatsschuldenquote** oder Schuldenquote ausgewiesen.

Die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung besonderer Herausforderungen hat in der Bundesrepublik Tradition. Schon Ende der 1960er-Jahre ging der Bund Kreditverpflichtungen ein, um durch Investitionen eine Rezession zu beenden. Diese am **Keynesianismus** („Deficit Spending“) orientierte Wirtschaftspolitik setzte sich in den 1970er-Jahren fort, der Staat begegnete den wirtschaftlichen Folgen der Ölkrise (1974/75) ebenfalls mit kreditfinanzierten Ausgaben zur Stärkung der Nachfrage. Die hohen Zinsen schränkten den finanziellen Handlungsspielraum jedoch stark ein, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Sozialausgaben sowie der Strukturwandel in der Industrie stellten den Staat vor immer neue Herausforderungen, die nur durch die Aufnahme immer neuer Schulden finanziert werden konnten.

Zwar wurde die Neuverschuldung in den 1980er-Jahren etwas verringert, die Kosten für die Wiedervereinigung (1990) und die Finanz- und Wirtschaftskrise (2008) konnten jedoch nicht aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Die enormen Zinsen mussten durch Neuverschuldung finanziert werden und der Weg in eine Schuldenspirale schien unvermeidlich. Das im **Stabilitäts- und Wachstumspakt** der EU festgelegte Limit der Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten von unter 3% des BIP und einer Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent des BIP konnte nur zeitweise eingehalten werden.

Der deutsche Staat zog mit der 2009 ins Grundgesetz aufgenommenen Verpflichtung, künftig ohne Neuverschuldung auszukommen, die Notbremse: Die als „**Schuldenbremse**“ bezeichnete Regelung, dass „Haushalte von Bund und Ländern [...] grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten“ (Art. 109) auszugleichen sind, ermöglicht dem Bund eine Schuldenaufnahme von höchstens 0,35 Prozent des BIP. Dennoch gibt es auch eine Regelung für Krisenzeiten: „In konjunkturell schlechten Zeiten, in der die Produktionsfaktoren

unterdurchschnittlich ausgelastet sind, wird die zulässige Nettokreditaufnahme konjunkturbedingt erhöht, in konjunkturell guten Phasen wird sie im Gegenzug reduziert.“ Die Hürde für die Aussetzung der Schuldenbremse ist hoch: Sie kann immer nur für ein Haushaltsjahr beschlossen werden und erfordert die Mehrheit im Bundestag. Erst ab 2014 gelang es, ohne zusätzliche Kreditaufnahme zu wirtschaften.

Die Corona-Pandemie, deren Folgen nur mit einem erheblichen finanziellen Aufwand (welcher von den Medien bzw. von Kanzler Olaf Scholz selbst als „Wumms“ bzw. „Doppelwumms“ bezeichnet wurde) abgemildert werden konnten, und der Ukraine-Krieg, der 2022 ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr erforderlich machte, führten zu einem Aussetzen der Schuldenregel.

Die Bewertung der Auswirkungen von Staatsverschuldung ist konträr. Staatsverschuldung kann positive Effekte entfalten, wenn sie nicht ausschließlich zur Anregung des Konsums, sondern auch für Investitionen genutzt wird – für Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung. Führen kreditfinanzierte Investitionen zu erhöhten Steuereinnahmen, können damit Staatsschulden abgebaut werden. Die Erhöhung der staatlichen Nachfrage in einer Rezession kann kurzfristig dabei helfen, fehlenden Konsum der Verbraucher und Unternehmen auszugleichen und die Wirtschaft aus der Krise holen. Negative Aspekte sind – neben dem Risiko der „Schuldenfalle“ durch einen immer höheren Anteil des Schuldendienstes am Gesamthaushalt – der „Crowding Out-Effekt“ und die Gefahr, dass durch die erhöhte Geldmenge Inflation entsteht bzw. deren Bekämpfung erschwert wird.

Literaturhinweise:

Dohmen, Caspar (2020): Schuldenbremse ausgebremst. Die politische Debatte über Sinn und Unsinn einer Schuldengrenze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, 70. Jahrgang, 48 / 2020, S. 41 – 45.

Fenge, Robert (2021): Warum eine Schuldenbremse sinnvoll ist. ifo Schnelldienst 9 / 2021 74. Jahrgang.


Fricke, Robert (2019): „Wir dürfen unseren Kindern keine schwarze Null hinterlassen“ (01.03.2019), www.spiegel.de/a-1255760.html (letzter Abruf 02.02.2023).

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Staatsverschuldung, Schuldenbremse und Co. – Definitionen				
10'	Einstieg	Die SuS formulieren ausgehend von Bild- und Textimpulsen erste Aspekte zur Beurteilung von Staatsverschuldung und nehmen eine vorläufige individuelle Einschätzung vor.	M1 Staatsschulden – Fluch oder Segen?	Methode: Positionslinie
35'	Erarbeitung I	Die SuS erwerben mit Hilfe eines Podcasts Grundwissen über Staatsschulden als Instrument der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Sie erarbeiten Chancen und Risiken von Staatsverschuldung und können mit zentralen Begriffen kompetent umgehen.	Podcast: Nach Corona zurück zur Schwarzen Null? Arbeitsblatt: Staatsverschuldung M2 Staatsverschuldung in Worten	Aufgabe 4b kann auch in Partnerarbeit oder in Kleingruppen erarbeitet werden. Aufgabe 5 eignet sich auch als vertiefende Hausaufgabe.
2. Unterrichtsstunde: Pro und Kontra Schuldenbremse – Eine Debatte				
10'	Vertiefung I	Die SuS vertiefen ihr Vorwissen aus der ersten Unterrichtsstunde. Die SuS analysieren Statistiken zur Staatsverschuldung in Deutschland und im Euroraum und nehmen eine Einordnung der Verschuldungssituation der Bundesrepublik vor.	M3 Staatsverschuldung in Deutschland M4 Staatsverschuldung im Euroraum Arbeitsblatt: Staatsverschuldung in Deutschland und im Euroraum	Statistikanalyse In leistungsschwächeren Lerngruppen kann Aufgabe 6 auch als Vorbereitung für die zweite Stunde als Hausaufgabe gestellt und dann zum Einstieg besprochen werden. Ebenso eignet sich das Arbeitsblatt zur Staatsverschuldung in Deutschland und im Euroraum zur Binnendifferenzierung nach unten.
25'	Erarbeitung II	Die SuS werten aspektgeleitet zwei Texte zur Neuverschuldung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg aus.	M5a Können wir uns das alles leisten? M5b Wir brauchen nicht nur Waschlappen, sondern auch Rotstifte	Einzelarbeit (arbeitsteilig) mit anschließendem Partnerbriefing Vorstrukturiertes Arbeitsblatt im Lösungsteil
10'	Vertiefung II	Die SuS führen im Plenum eine Pro-Kontra-Diskussion zur Aussetzung der Schuldenbremse durch.		Methode: Pro-Kontra-Diskussion

M1

Staatsschulden – Fluch oder Segen?

Staatsverschuldung in Deutschland 										
Bil.	Mrd.			Mio.						€
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	€
Verschuldung pro Kopf							<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	€

A Schulden machen heißt, von der Zukunft zu leben.

Sprichwort

B Wenn die öffentliche Schuld eine bestimmte Höhe überschritten hat, so gibt es, glaube ich, kein einziges Beispiel, wo es je gelungen wäre, sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzuzahlen.

Adam Smith, schottischer Philosoph und Ökonom

C Das Budget sollte ausgeglichen sein, die öffentlichen Schulden sollten reduziert werden und die Bürger sollten mehr arbeiten anstatt sich auf die Gaben der Regierung zu verlassen.

Marcus Tullius Cicero, römischer Politiker und Philosoph

D Staatsschulden werden, wenn sie nicht überhört sind, für uns ein nationaler Segen sein.

Alexander Hamilton, Mitbegründer der USA

E Ich vertrete den Grundsatz, dass Staatsschulden ein Staatsfluch sind.

James Madison, 4. Präsident der USA



Digitale Methode: Positionslinie

Ihre Meinung ist gefragt: Mithilfe der digitalen Anwendung nehmen Sie Stellung zu den Aussagen, die auf der Leinwand erscheinen. Stimmen Sie der Aussage zu oder eher nicht? Nutzen Sie Ihr mobiles Endgerät, um sich zu positionieren. Das Klassenergebnis wird anschließend auf der Leinwand angezeigt.

Aufgabe

- 1**
 - a) Sogenannte „Schuldenuhren“ zeigen in Echtzeit an, wie hoch einige Wirtschaftsnationen derzeit verschuldet sind. Recherchieren Sie, wie hoch die Schulden des deutschen Staates tagesaktuell sind und tragen dies in die Schuldenuhr oben ein.
 - b) Lesen Sie die Zitate zur Staatsverschuldung und arbeiten Sie theseartig heraus, wie Staatsverschuldung jeweils beurteilt wird.
- 2** Positionieren Sie sich mithilfe der digitalen Anwendung zu den angezeigten Aussagen zum Thema Staatsverschuldung. Begründen Sie anschließend Ihre Entscheidung über die Kommentarfunktion und tauschen Sie sich über Ihre verschiedenen Positionen im Plenum aus.
 - (A) „Staatsschulden sind ein Fluch. Es ist ungerecht, wenn die Jugend von heute die Schulden von gestern abzahlen muss.“
 - (B) „Staatsschulden sind ein Segen. Sie sind die Grundlage für das Wachstum von morgen.“



Podcast: Nach Corona zurück zur Schwarzen Null?

In der Coronakrise hat der Bund eine Menge neuer Staatsschulden aufgenommen. Soll Deutschland nach der Krise zurück zur Schwarzen Null? Oder braucht es einen neuen Kurs in der Finanzpolitik? Im Podcast bezieht der Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher Stellung zu diesen Fragestellungen.

Hinweis: Der Podcast ist vom 08.07.2021. Damals war Olaf Scholz noch Finanzminister in der Großen Koalition.

Arbeitsblatt: Staatsverschuldung

a) Beschreiben Sie, wie Staaten Schulden machen.

b) Erläutern Sie, warum man eher die Staatsschuldenquote betrachtet und nicht die Gesamtverschuldung.

c) Erklären Sie, wie die Schuldenbremse funktioniert.

d) Erläutern Sie, was mit der „Schwarzen Null“ gemeint ist und welche Kritik es daran gibt.

e) Fassen Sie zusammen, was Marcel Fratzscher, Ökonom und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, von Staatsschulden hält und wie er die Schuldenbremse bewertet.

Aufgabe

3

Hören Sie sich den Podcast an und machen Sie sich zu den Aufgaben auf dem Arbeitsblatt Notizen.

M2

Staatsverschuldung in Worten

! Die jährliche Neuverschuldung eines Staates umfasst die Summe aller in einem Haushaltsjahr aufgenommenen Kredite des Bundes, der Bundesländer, der Kommunen und der Sozialversicherungen. Die Nettoneuverschuldung (= **Nettokreditaufnahme**) ergibt sich aus der Bruttoneuverschuldung (= **Bruttokreditaufnahme**) abzüglich der geleisteten **Tilgungen** (= Kreditrückzahlungen) und bezeichnet den Betrag, den der Staat sich jedes Jahr auf den Finanzmärkten leihen muss, um seinen Haushalt auszugleichen.

Der über die Jahre angesammelte Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte wird als **Gesamtverschuldung** bezeichnet. Die Gesamtverschuldung eines Staates wird häufig als **Schuldenquote** oder **Staatsschuldenquote** angegeben. Die absolute Höhe der Schulden eines Staates wird dafür in Relation zu seiner Wirtschaftsleistung gesetzt und in Prozent des Bruttoinlandsprodukts angegeben.

„Schwarze Null schon 2014“

Schäuble legt als erster Bundesfinanzminister seit vier Jahrzehnten einen ausgeglichenen Etat vor.

Quelle: Handelsblatt,
13.01.2015

D Schwarze Null

Ist der Staatshaushalt in einem Jahr ausgeglichen, sodass der Staat keine neuen Kredite aufnehmen muss, spricht man von einer „Schwarzen Null“.

Bis zum Beginn der Corona-Krise 2020 konnte dieser Zustand in Deutschland seit 2014 erreicht werden.

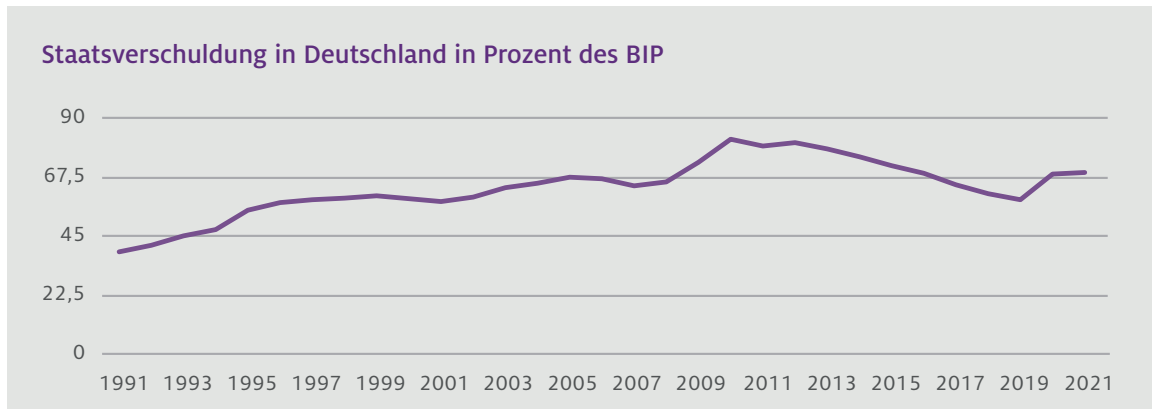
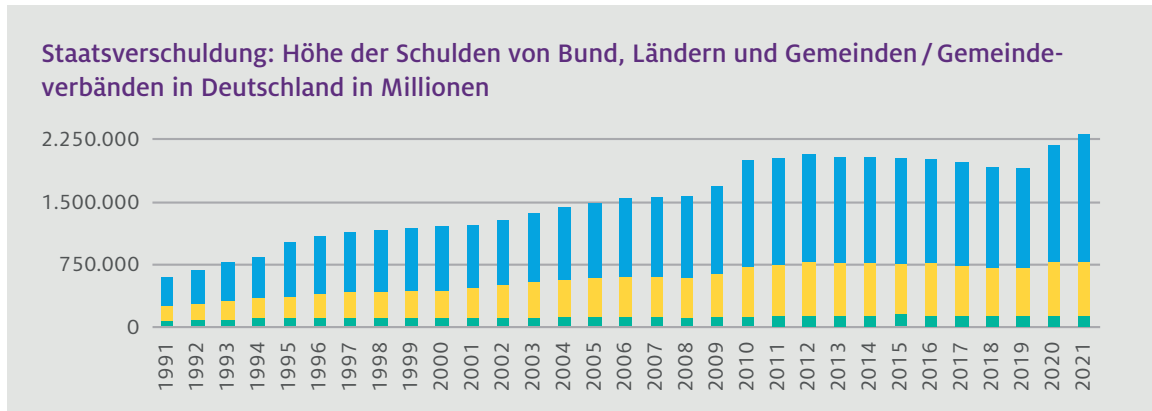
**Die Schwarze Null steht!
Keine neuen Schulden
im Bundeshaushalt 2015 –
zum ersten Mal seit 1969!**

Aufgabe

- 4** Erklären Sie unter Verwendung der in M2 genannten Fachbegriffe,
- unter welcher Bedingung sich die Gesamtverschuldung eines Staates verringert.
 - wie sich die Staatsschuldenquote entwickelt, wenn das BIP von Jahr zu Jahr wächst und der Staat keine zusätzlichen Schulden aufnimmt.

M3

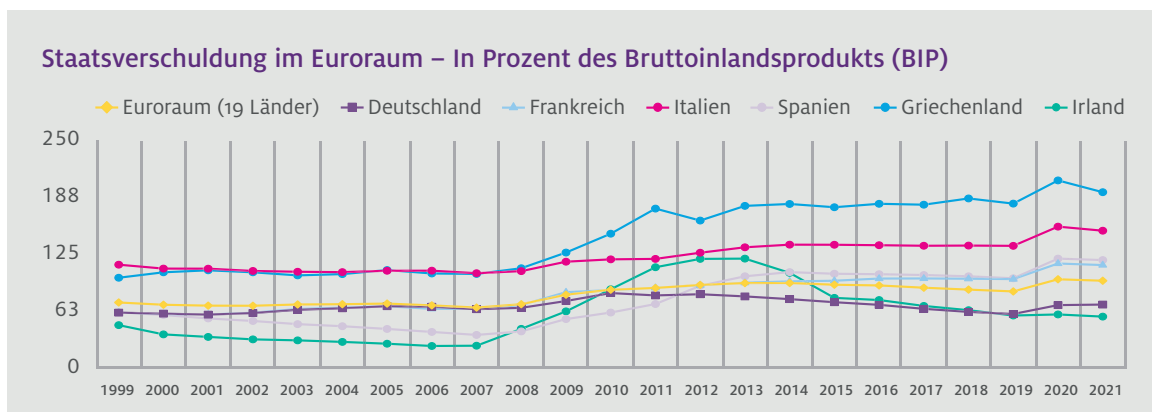
Staatsverschuldung in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank (21.02.2023)

M4

Staatsverschuldung im Euroraum



Quelle: Deutsche Bundesbank (21.02.2023)

Aufgabe

- 5 a) Analysieren Sie die Diagramme M3 und M4.
- b) Wie beurteilen Sie die Verschuldungssituation des deutschen Staates? Greifen Sie dazu auch auf die Informationen aus dem Podcast zurück.

Arbeitsblatt: Staatsverschuldung in Deutschland und im Euroraum

Überprüfen Sie die Aussagen zu den Statistiken (M3, M4). Korrigieren Sie eventuelle Fehler und schreiben Sie die richtige Version auf.

Die Aussage ist...	richtig	falsch	Korrektur
1 Die von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Diagramme informieren über die Staatsverschuldung in Deutschland (M3) und im Euroraum (M4).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2 Während M3 sich nur auf Deutschland bezieht, werden in M4 Werte für den gesamten Euroraum angegeben, außerdem sind hier Werte für ausgewählte Einzelländer ausgewiesen (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Irland).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
3 M3 kombiniert ein Balkendiagramm mit einem Kurvendiagramm. Das Balkendiagramm informiert mit absoluten Zahlen über den Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1991 bis 2021.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
4 Außerdem wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt für jedes Jahr mit einer Kurve angezeigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
5 1991 waren die Schulden zur Hälfte auf den Bund, zur anderen Hälfte auf Länder und Gemeinden verteilt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
6 30 Jahre später haben die Länder und Gemeinden deutlich mehr Schulden als der Bund.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
7 Die Staatsverschuldung hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
8 2010, nach der Finanzkrise, hatte die Staatsverschuldung den Höchstwert von ca. 3.500 Mrd. Euro erreicht, fiel dann aber 2019 wieder auf unter 2.750 Mrd. Euro.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
9 Mit Beginn der Corona-Pandemie stiegen sowohl die absoluten Zahlen als auch der Anteil der deutschen Staatsverschuldung am BIP deutlich an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
10 Für alle Länder des Euroraums lässt sich in M4 ein starker Anstieg der Verschuldungsquote in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 feststellen. In Griechenland und Italien wuchs die Verschuldungsquote am stärksten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
11 In allen Ländern ist ab 2020 als Folge der Corona-Pandemie ein Anstieg der Verschuldungsquote festzustellen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
12 Den auffälligsten Wert weist Griechenland auf, dass sich 2020 mit über 200 Mrd. Euro verschuldete.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
13 Insgesamt liegt die durchschnittlich Verschuldungsquote der Länder des Euroraums 2021 bei etwas unter 100 Prozent.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
14 Die deutsche Staatsverschuldung liegt in den vergangenen 25 Jahren immer unter dem Durchschnitt des Euroraums. Der Abstand zum Durchschnittswert hat sich in den Jahren 2011 bis 2021 deutlich vergrößert. Deutschland ist auch im Vergleich zu Frankreich, das innerhalb der EU die zweitgrößte Volkswirtschaft ist, deutlich weniger verschuldet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

M5

a) Können wir uns das alles leisten?

Krisenbekämpfung scheint ein neues Motto zu haben: Je mehr, desto besser. „Doppel-Wumms“ nannte es Bundeskanzler Olaf Scholz [...] stolz, als er das neue Programm gegen hohe Energiepreise vorstellte. Bis zu 200 Milliarden Euro stehen zur Verfügung – und zwar an neuen

5
10
15
20
25
30
35
40
45
50
55
60
65
70
75
80
85
90
95
100
105
110
115
120
125
130
135
140
145
150
155
160
165
170
175
180
185
190
195
200
205
210
215
220
225
230
235
240
245
250
255
260
265
270
275
280
285
290
295
300
305
310
315
320
325
330
335
340
345
350
355
360
365
370
375
380
385
390
395
400
405
410
415
420
425
430
435
440
445
450
455
460
465
470
475
480
485
490
495
500
505
510
515
520
525
530
535
540
545
550
555
560
565
570
575
580
585
590
595
600
605
610
615
620
625
630
635
640
645
650
655
660
665
670
675
680
685
690
695
700
705
710
715
720
725
730
735
740
745
750
755
760
765
770
775
780
785
790
795
800
805
810
815
820
825
830
835
840
845
850
855
860
865
870
875
880
885
890
895
900
905
910
915
920
925
930
935
940
945
950
955
960
965
970
975
980
985
990
995

Da kann Finanzminister Christian Lindner noch so lange versprechen, dass im nächsten Jahr die Schuldenbremse wieder eingehalten wird – dieses Jahr nimmt er erst mal eine riesige Summe Geld auf. [...]

Am Ende wird der deutsche Staat wahrscheinlich nicht die vollen 200 Milliarden ausgeben. Doch der neue Rettungsschirm ist auch nicht das erste Schuldenprogramm dieses Jahres: Die Ampelkoalition steckte 100 Milliarden Euro in einen Fonds für die Bundeswehr, 60 Milliarden Euro in einen Energie- und Klimafonds, und die Vorgänger-Regierung hatte zu Corona-Zeiten auch schon so angefangen. [...] Der Staatshaushalt war solide, die Verschuldung des Landes ging zurück, die Zinsen waren nahe null oder zum Teil sogar darunter, die Inflation eher zu niedrig. In so einer Situation war es kein Wunder, dass viele Leute nach Schulden riefen: Der Staat solle doch seine Ausgaben eher über Kredite finanzieren, das Geld vielleicht in Investitionen stecken. Doch jetzt ist die Lage anders. Die Inflation ist auf zehn Prozent gestiegen, die Zinsen steigen schon wieder spürbar an. Ist so eine Kreditaufnahme auch jetzt der richtige Schritt?

So viel steht fest: Mit Steuern ließe sich das Ausgabenprogramm der Bundesregierung nicht stemmen. Insgesamt 360 Milliarden Euro an Schulden hat sich die Ampelkoalition genehmigen lassen [...], um das in diesem Jahr zu decken, müsste der Staat die gesamte Lohn- und Einkommensteuer verdoppeln. [...]

Mit Schulden sieht dagegen alles erst mal einfacher aus. Selbst nach all den Corona-Hilfen liegt Deutschlands Schuldenstand derzeit bei tolerablen 70 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die 360 Milliarden Euro sind fast genau zehn Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung und werden über mehrere Jahre geholt werden. Die zehn Prozent Inflation allerdings machen nicht nur Sorge: Sie helfen auch, den alten Schuldenberg zu relativieren. Da scheint es kaum noch ins Gewicht zu fallen, dass der Staat inzwischen wieder zwei oder drei Prozent Zinsen zahlen muss.

Die Gefahr allerdings ist eine andere: Könnten die hohen Staatsdefizite die ohnehin schon hohe Inflation noch weiter antreiben? Sicher: Im ersten Moment wird die Inflation sinken, wenn der Staat die Energiepreise deckelt. Doch das muss nicht lange so bleiben. [...] Die Bundesregierung gibt sich jedenfalls alle Mühe, den



© istock.com / eyegeb

Schuldenberg zu steigern. Der Notenbank macht sie damit das Leben schwer.

Doch es gibt auch eine Gegenposition, vertreten zum Beispiel von Philippa Sigl-Glöckner. Sie war vor kurzem Referentin von Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt, als der noch mit Olaf Scholz im Finanzministerium war. [...] Sie glaubt: In der speziellen Situation, in der Deutschland sich gerade befindet, kann das Geld die Inflation gar nicht antreiben – schon allein weil es nicht im Land bleibt. Im Prinzip fließt alles an die Gaslieferanten außerhalb Deutschlands. Die Bürger hätten also nicht mehr Geld, den Unternehmen fielen Preiserhöhungen schwer, und Lohnerhöhungen in der Nähe der Inflation seien sehr unwahrscheinlich. [...] Da trifft sich die progressive junge Ökonomin mit einem erfahrenen liberalen Professor, nämlich mit Lars Feld, dem ehemaligen Mitglied des Sachverständigenrats und heutigen Berater von Finanzminister Lindner. Auch er sieht eine Inflationsdämpfung dadurch, dass das Geld ins Ausland fließt.

Aber nimmt nicht die Gaspreisbremse den Deutschen ihren Anreiz, Gas zu sparen? Und würde dann nicht das Gas umso teurer? [...]

Ganz vermeiden lässt sich eine zusätzliche Inflation aber vermutlich nicht. Das sieht beispielsweise der Princeton-Ökonom Markus Brunnermeier so: „Die Unsicherheit, die im Moment im Markt besteht, wirkt inflationsdämpfend. Sie würgt aber auch die Realwirtschaft ab.“ Nimmt der Staat mit seinem Rettungsschirm diese Unsicherheit heraus, könnten mit der Nachfrage auch Löhne und Preise steigen.

[...] Da ist das Dilemma: Wenn der Staat nichts tut, steigt die Inflation wegen der hohen Energiepreise. Wenn der Staat mit Schulden eine Gaspreisbremse finanziert, dann werden die Deutschen vielleicht wieder zuversichtlicher, und die Inflation steigt deshalb.

Gleichzeitig habe Deutschland aber gegenüber anderen
85 Ländern immer noch einen großen Vorteil, betont Mar- 100
kus Brunnermeier: Bundesanleihen gelten in den inter-
nationalen Finanzmärkten als sicherer Hafen in Krisen-
zeiten. Die Schulden auf dem Markt zu platzieren, dürfte
also kein Problem für Christian Lindner sein. [...]

90 Und da kommt die Frage nach der Schuldenbremse. 105
Drei Jahre in Folge hat die Bundesregierung sich jetzt
eine Ausnahme eingeräumt. Ist die Schuldenbremse da-
mit in der Praxis am Ende? Das könnte vom nächsten
Jahr abhängen. Bisher versucht Finanzminister Lindner,
95 sich in einer Art Torschlusspanik noch Hunderte Mil- 110
liarden zu sichern und sie für die kommenden Jahre
zu bunkern. Und bei dieser Strategie wird es selbst der
Schuldenfreundin Philippa Sigl-Glöckner unwohl. Sie be-

mängelt, dass die Bundesregierung jetzt „mit sehr kreati-
ver Buchführung Geld in einen Nebenhaushalt stellt, nur
um im nächsten Jahr die Schuldenbremse einzuhalten“.

Lindner-Berater Lars Feld hält hingegen die Ausla-
gerung der Neuverschuldung aus dem regulären Haus-
halt für einen wichtigen Schritt, um das richtige Maß
zu wahren: „Wenn statt des Sondervermögens die Aus-
nahmeregelung der Schuldenbremse für 2023 gelten
würde, dann bliebe es nicht bei der Verschuldung für
die Gaspreisbremse. Alle Ressorts würden wieder in die
Vollen gehen.“

110 Da ist das Entscheidende: Es herrscht viel Einigkeit
darüber, dass sich Deutschland das viele Geld erst mal
leisten kann. Die offene Frage ist, ob Deutschland seinen
Ruf als guter Schuldner bewahrt.

„Können wir uns das alles leisten?“ (FAZ.NET vom 02.10.2022 von Patrick Bernau und Alexander Wulfers)

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

b) Wir brauchen nicht nur Waschlappen, sondern auch Rotstifte



©Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.

- ▲ Reiner Holznapel, 46, ist seit 2012 Präsident des Bundes der Steuerzahler. Nach Abschluss seines Studiums der Politischen Wissenschaften, des Öffentlichen Rechts und der Psychologie arbeitete er bis 2003 als Pressesprecher für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern. Danach wechselte Holznapel zum Bund der Steuerzahler.

Herr Holznapel, der Staat bremst nun den Anstieg der Energiekosten für die Bürgerinnen und Bürger. Sind Sie zufrieden?

Reiner Holznapel: Wir warnen die Bundesregierung davor, 30
5 diese Subventionen festzuschreiben, ohne festzulegen,
wann sie konkret enden sollen. Wir brauchen ein Aus-
stiegs-Szenario! Subventionen sind nämlich gefährlich:
Sind sie erst einmal eingeführt, fällt es dem Staat schwer,
sie wieder abzuschaffen. Die Energiepreis-Bremse müsste
10 also – wie die Strompreis-Bremse – befristet sein.

Der Staat entlastet die Bürgerinnen und Bürger zu- nächst wie ein Subventions-Großgärtner mit einer Gießkanne.

Holznapel: Der Staat greift sogar zum Subventions-
15 Gartenschlauch. Das stimmt uns als Bund der Steuer-
zahler bedenklich, auch wenn wir verstehen, dass die
Bundesregierung Verbraucherinnen und Verbraucher wie
auch Firmen in der Energiekrise beruhigen muss.

Doch Gießkannen- oder Gartenschlauch-Politik kann ungerecht sein, bekommt doch fast jeder was ab, ob er es braucht oder nicht.

Holznapel: Deswegen hätte der Staat die Energie-Subven-
20 tionen anders anpacken müssen. Es wäre besser, wenn
Menschen, die dringend Zuschüsse für ihre Gas- und
Stromrechnungen brauchen, dies von sich aus dem Staat
25 melden und nachweisen müssen, dass sie wirklich hilf-
sbedürftig sind. Es ist also falsch, dass alle diese Zuschüsse
automatisch bekommen! Doch der Staat hat für die Aus-
schüttung der Hilfen den einfachsten Weg gewählt, der
aber auch der teuerste und nicht der gerechteste Weg ist.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Staat aus der Rolle des spendablen Mega-Subventions-Gärtners nicht mehr rauskommt?

Holznapel: Die Gefahr ist sehr groß. Es gibt schon Anzei-
35 chen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger, aber auch

die Unternehmen den Staat dauerhaft in der Rolle eines solchen Subventions-Gärtners sehen wollen. In Deutschland wurden noch nie so viele Schulden aufgenommen und Gelder verteilt wie zwischen 2020 und 2022. Das 40 reißt auch nicht ab.

Was hat das für Konsequenzen?

Holznapel: Die Zinslast für die öffentliche Hand steigt enorm an. Im Klartext: Wir erkaufen uns Zeit zulasten 45 künftiger Generationen – und schränken diese Generationen durch enorme Schuldenlasten in ihrer Freiheit ein. Dazu ein paar Zahlen: 2021 musste der Bundeshaushalt noch knapp vier Milliarden Euro für Zinsen leisten, 2023 werden es rund 40 Milliarden sein – Tendenz steigend.

Und dann blühen noch üppige Schattenhaushalte auf.

Holznapel: Diese Schattenhaushalte heißen offiziell Sondervermögen. Dabei sind 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und 200 Milliarden für die Energiepreis-Bremsen bestimmt. Allein für diese beiden ausgelagerten 50 Haushalte sind knapp fünf Milliarden Euro Zinsen im kommenden Jahr fällig. Somit werden unsere finanziellen Spielräume schon jetzt kleiner. Ab 2028 steigen die Belastungen für den Staat dann nochmals deutlich: Dann muss der Bund jährlich zwölf Milliarden Euro seiner Pandemie-Schulden über 31 Jahre hinweg tilgen – insgesamt 60 mehr als 370 Milliarden Euro. Wir müssen also zwingend die Generationen-Frage stellen.

Dann tun wir das. Sollte junge Menschen, die gegen den Raubbau am Welt-Klima demonstrieren, auch gegen den Raubbau an den Staatsfinanzen auf die Straße gehen? Brauchen wir neben Klima-Klebern 65 Schulden-Kleber?

Holznapel: Mich überrascht es immer wieder, dass gerade junge Menschen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, 70 solide Finanzen und fiskalische Nachhaltigkeit völlig ausparen. Doch Klimaschutz wird nicht gelingen, wenn die öffentlichen Kassen nicht solide aufgestellt sind. Ein Blick auf die sozialen Sicherungssysteme ist ebenfalls erschreckend. Bei der gesetzlichen Renten-, aber auch bei der 75 Pflegeversicherung gilt nämlich: Für einen Großteil der jüngeren Generationen ist die Zukunft nicht gesichert.

Noch einmal: Müsste man für solide Staatsfinanzen und soziale Sicherungssysteme demonstrieren?

Holznapel (lacht): Darüber haben wir uns schon Gedanken gemacht, uns aber dagegen entschieden, zu Demos 80 aufzurufen. Der Protest des Bundes der Steuerzahler zeigt sich täglich an der Schuldenuhr am Eingang unserer Zentrale in Berlin. Und wir zeigen dies zum Beispiel

durch die Bebilderung unserer Online-Meldungen – aktuell mit dem Foto einer roten Schulden-Notbremse, auf der steht: „Kinder haften für ihre Eltern“.

Wir erleben also eine Umkehrung des Haftungsprinzips.

Holznapel: Genau. Und das ist gefährlich, weil durch die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, der wohl weitere folgen, das Schuldenmachen immer teurer wird. Dabei gelingt es dem Staat, die Schuldenbremse im kommenden Jahr nur deshalb einzuhalten, weil er im Hintergrund diverse Töpfe mit nicht offensichtlichen Kredit-Ermächtigungen geschaffen hat oder – wie im Falle des Bundeswehr-Upgrades oder der Energiepreis-Bremsen – 95 Milliarden-Kreditsummen gleich komplett jenseits des Bundeshaushalts platziert. Dadurch verwischt die Bundesregierung die Realität.

Betrügen wir uns selbst, was die Staatsfinanzen betrifft?

Holznapel: Viele machen sich hier etwas vor, betrügen sich also selbst. Doch inzwischen sollte die Politik offen eingestehen, dass wir neben dem normalen Bundesetat mehrere Nebenhaushalte mit zusammen fast gleichem Volumen geschaffen haben – und diese großteils über Kredite finanzieren. Das geschieht deshalb, weil wir keine 100 Debatte darüber führen wollen, wie und wo öffentliche Ausgaben gekürzt werden könnten. Gegen den, der wie wir diese Debatte führen will, wird sofort die Sozial-Keule geschwungen. Doch müssen nicht gleich alle sozialen Leistungen gekürzt oder gestrichen werden.

Wo würden Sie dann den Rotstift ansetzen?

Holznapel: Ich würde etwa die Subventionen für Elektroautos streichen. Das ist doch nur ein verkapptes Wohlfühlprogramm für Großstädter. Diese Subvention ist auch sozialpolitisch fragwürdig, was die Grünen aber nicht einräumen wollen. Und es ist falsch, Milliarden in ein subventioniertes und bundesweit geltendes Nahverkehrsticket, das 49 Euro im Monat kosten soll, zu pumpen. Das ist genauso widersinnig, wie es das 9-Euro-Ticket im Sommer war. Dieses 9-Euro-Ticket hat den Staat fast drei Milliarden Euro gekostet. Der Tank-Rabatt war ebenso teuer. Innerhalb von drei Monaten wurden also rund sechs Milliarden Euro verbraten. Das Geld ist weg! Es bleibt nur die eine oder andere schöne Erinnerung.

Die Bundesregierung scheint kaum etwas aus den Tücken der Subventionitis gelernt zu haben.

Holznapel: Aus dem 9-Euro-Ticket scheint die Bundesregierung nichts gelernt zu haben: Denn das 49-Euro-Ticket begünstigt wiederum Menschen in den Städten,

130 weil viele, die auf dem Land wohnen, gar nicht auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen können. Ein Ziel des neuen Tickets ist ja auch, ein bundesweit einheitliches Tarifangebot anzubieten. Bitte schön, das hätte man längst haben können – ganz ohne Subventionen.

135 Wie geht das denn?

Holznapel: Hier müsste sich genau die Gruppe einigen, die sich beim Beutezug im Reich des Bundeshaushalts immer einig ist, nämlich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer. Sie betrachten die 140 Verkehrspolitik als ihr Hoheitsgebiet, außer, wenn es um die Finanzierung geht – dann soll der Bund einspringen. Ich meine: Wenn sich die Länder doch einig sind, hätten sie längst ohne Subventionen des Bundes ein einheitliches ÖPNV-Ticket schaffen können. Das könnten sie auch 145 finanziell stemmen: Denn während der Bund auf 100 Milliarden Euro Minus sitzt, verfügen die Länder über ein Plus von 24 Milliarden Euro. Trotzdem klagen sie, der Bund wolle die Lasten für das 49-Euro-Ticket größtenteils auf sie abwälzen. Diese Debatte ist scheinheilig. Generell gilt für 150 mich: Deutschland drückt sich um die zentrale Frage.

Worin besteht diese zentrale Frage?

Holznapel: Die zentrale Frage lautet: Wo specken wir ab, wo sparen wir? Es ist ein Unding, dass am Erweiterungsbau des Bundeskanzleramts für mehr als 770 Millionen 155 Euro festgehalten wird. Wir machen in Deutschland ein-

fach so weiter, als gäbe es keine Krise und keinen Krieg. Manchmal habe ich, was die Staatsausgaben betrifft, den Eindruck: Man macht die Fenster auf und dreht die Heizung hoch. Da hilft nur ein Mentalitätswechsel: Jedes Kabinettsmitglied muss kapieren, dass es nur dann sein Image verbessert, wenn es spart. Ministerinnen und Minister müssen Spar-Ministerinnen und Spar-Minister werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Alle Ressorts wollen immer noch mehr ausgeben.

160 Politiker buhlen eben gerne mit Geschenken um die Gunst der Wähler. Sie wollen wiedergewählt werden.

Holznapel: Dabei erteilen uns diese Politikerinnen und Politiker Energiespar-Tipps, sie fordern uns dazu auf, Spardusch-Köpfe zu kaufen oder zum Waschlappen zu greifen. Doch ihre Tipps führen nicht dazu, dass sie selbst in ihren Ministerien sparen. Wir brauchen nicht nur Waschlappen, sondern auch Rotstifte. Nur ein Beispiel aus dem Bundesland von Winfried Kretschmann, der uns ja den Spar-Waschlappen nahelegt. In Baden-Württemberg wurde belohnt, wer mit dem Fahrrad zur Arbeit fuhr. Er durfte sich dafür in Bäckereien eine „Pendler-Brezel“ abholen. Als Nachweis genügte es, vor dem Schaufenster den Fahrradhelm oder das Fahrrad vorzuzeigen. Mehr als 130.000 Brezeln wurden ausgegeben. Diese „Gratis“-Aktion war aber gar nicht gratis, sondern kostete den Staat und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fast 59.000 Euro.

Quelle: <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/interview-steuerzahler-praesident-brauchen-nicht-nur-waschlappen-sondern-auch-rotstifte-id64701181.html>, erschienen am 29.11.2022, von Stefan Stahl

Aufgaben

- 6** a) Arbeiten Sie aus M5 arbeitsteilig die problematischen Aspekte der von der Bundesregierung vorgenommenen Erhöhung der Staatsverschuldung heraus. Berücksichtigen Sie dabei besonders folgende Gesichtspunkte: aktuelle Verschuldungssituation, Rolle der Zinsen, Zusammenhang von Neuverschuldung und Inflation, Alternativen zu Neuverschuldung, Zukunftsperspektive.

b) Tauschen Sie sich anschließend mit Ihrem Partner / Ihrer Partnerin über die Aspekte aus.

- 7** Diskutieren Sie im Plenum die Frage:

Ist die Erhöhung der Staatsschulden in der aktuellen wirtschaftlichen Situation ein Fluch oder ein Segen?